

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

80 (16.2.1918) Abendblatt

Badischer Beobachter

Abendblatt

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Kolonelle 25 Pf.
Zeilen 1.20, bei Wiederholung
Nachschick nach Tarif. — Anzeigen-
träge nehmen alle Anzeigen-Vermit-
lungsstellen entgegen. — Schluß der
Anzeigenannahme vorm. halb 8 Uhr
ab. nachm. halb 3 Uhr.

Postische: Karlsruhe 4844
Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Redaktion: Dr. H. Meyer;
für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl; für Anzeigen und Kellereien:
A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Wegpreis vierteljährlich:
An Karlsruhe durch Träger Nr. 4.25.
(b. d. Verschickungsmoat. Nr. 1.10)
auswärts (Deutschland) durch die
Post Nr. 4.70 ohne Abgabe für
Postwertzeichen, Ausland, Belgien,
Niederlande, Dänemark, Schweden,
Sachsen, Holland, Estland, Litauen,
Finnland, Österreich Nr. 12.—

Verleger: Anton Schöberl, Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albx. Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben
Verlagen: Je einmal wöchentlich die Internationalsblätter „Stimme und Plumen“,
„Mitter für den Familienrat“ und „Mitter für Haus- und Landwirtschaft“

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Redaktion: Dr. H. Meyer;
für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl; für Anzeigen und Kellereien:
A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Die politische Lage.

Von Reichstagsabgeordneten Dr. Wirth.
Die politische Lage im Reich schien vor wenigen Tagen eine Krise anzudeuten. Mancher Blätterstimmen sprachen bereits von einem fernen Ende der bisherigen Mehrheitspolitik im Reichstage. Alle Marnirufe waren verstummt. Viele deutsche Staatsbürger, die sich um Politik kümmern, sind durch den langamen Verlauf der Verhandlungen in West-Litauen unruhig geworden und sind durch den feldherrlichen Streif der Berlin und einige andere Städte in Unordnung gebracht, ganz aus dem politischen Gleichgewicht gebracht worden. Mit Recht wurde deshalb die Frage diskutiert, ob die Regierung Serling-Kayser-Friedberg noch der Lage entpasse, nachdem die Sozialdemokratie den bisherigen Kurs plötzlich und gewaltsam geändert habe. Selbst das Berliner Tageblatt meinte am 8. Februar, „daß die Mehrheit des Reichstages einen schweren Stoß erhalten habe“. Mehrfach äußerte sich die nationalliberale Berliner Wörzzeitung mit den Worten: „Allerdings läßt es sich nicht verkennen, daß es mit Rücksicht auf die Haltung der Sozialdemokratie bei den letzten Streiks für die nationalliberale Fraktion notwendig sein wird, die gegenwärtige Lage einer erneuten Prüfung zu unterziehen.“

Auch in den Kreisen der Zentrumspartei wurde das Verhalten der Sozialdemokratie zum Streik einmütig und ernsthaft getadelt und klar die Stellungnahme der politischen Lage und ihren Forderungen ausgesprochen. Die Zentrumspartei war in einer politischen guten Lage. Süddeutschen, Rheinland-Westfalen und fast der ganze Süden blieben dem Streik fern, ein glänzendes Ergebnis der bisherigen Parteipolitik und der Haltung der Mehrheitsparteien im Reichstag. Mehr konnte niemand erwarten. Aber ein ruhiges Urteil über die Lage des Vaterlandes und einmütiges Ablehnen des Streiks. Die politische Auffassungsbildung hatte sich somit glänzend gezeichnet und es ist nach dem streiklosen Streik beendet ist, kann über ihn ein ruhiges Urteil gefällt werden und kann die Zentrumspartei, wenn nötig, die politischen Konsequenzen aus dem streiklosen Vorkommnis ziehen. Das Urteil über den Streik spricht am klarsten und besten das Korrespondenzblatt der U. n. r. Kommission der freien Gewerkschaften aus, in dem es das Ende des Streikes bespricht:

„Anstelle eines geordneten Abbruchs des Streikes, nachdem er den einzigen möglichen Zweck einer Demonstration erreicht hatte, veranlaßt die Berliner Arbeiter den Unabhängigen eine politische und wirtschaftliche Niederlage, wie sie schlimmer in Berlin nie zu verzeichnen war.“

Der Wert und die Bedeutung eines Streikes liegt aber in seinem Ende. Er war im Norden Deutschlands schmachvoll. Nicht einmal der Charakter einer Demonstration mit politischem Ziel ist ihm geblieben. Er ist für seine Veranstalter eine glatte Niederlage. In diese Niederlage sind auch diejenigen sozialdemokratischen Führer hineingezogen worden, welche glaubten, nachdem der Streik ohne ihre Schuld ausgebrochen war, den Massen nachlaufen zu müssen, damit es nicht heißen könne, sie, die großen Führer, hätten das „Volk“ in der Not im Stich gelassen. Der politische Kredit der sozialdemokratischen Führer ist durch den Streik nicht gehoben worden. Ihr Verhältnis zu den anderen Parteien ist dauernd mit einem berechtigten Mißtrauen umgeben.

Wie steht es mit den politischen Kampffaktoren im Reich?
Zunächst die Stellung des Kanzlers.
Seine Position ist durch die Erfolge seiner Politik zweifellos eine sehr starke geworden. In den weitesten Volksteilen blüht man mit Hochachtung auf den klugen Mann, der mit einer Engelsgebild und mit fester starker Haltung den Ring unserer Feinde im Osten geprengt hat. Seine Mitarbeiter und Untergebener, Staatssekretär von Mühlmann, genießt daselbst Vertrauen bei der überwiegenden Mehrheit des Volkes. Die Stellung des Kanzlers wird noch wesentlich gehoben durch die Vertrauensbindung des Kaisers an Grafen Hertling. In dem bekannten Telegramm steht die gewichtige Stelle: „Zu beglückwünsche Euer Excellenz von Herzen zu dem bedeutungsvollen Erfolge Ihrer Politik.“

Die Politik des Kanzlers in den Ostfragen — nur um diese handelt es sich zunächst — ist durchaus nicht abgeschlossen. Erreicht ist nur der Friede mit der Ukraine. Alle großen politischen Probleme des Litens, die Graf Hertling in seinem Programm hat, sind noch ungelöst oder sind erst in der ersten Entwicklungsstufe zu einer Lösung. Hertlings Staatskunst wird sich jetzt offenbar in können, wo die Bindung des Kriegszustandes mit Ausland ihm die Lösung der großen Aufgaben vorerst allein zuschiebt. Das revolutionäre Ausland zieht sich grollend zurück und überläßt das politische Feld allen den Mittelmächten, natürlich in der Hoffnung, später — auf dem allmählichen Friedenskonferenzen — den „toten Kräfte“ wieder weiterzuspinnen zu können. Deutschland und seine politische Führung wird und muß die Hoffnungen der Herren Trotski und Genossen, die die Weltrevolutionären, rasch und gründlich zerstreuen. Das kann geschehen, wenn nach Osten sofort auf der Basis des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes der Völker ein Ausbau der staatlichen Selbständigkeit Polens, Litauens und Kurlands vorgenommen wird. An die Verwaltungsborgane der im Osten durch die Mittelmächte besetzten Gebiete tritt eine schwere und gewiß dornenvolle Aufgabe heran. Die Regierung ist in der Lage, bei Durchführung ihrer für die Zukunft bedeutungsvollen Aufgabe sich wie über

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 16. Februar.
(W. L. V. Amst. Ch.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
In einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit, die sich in der Champagne zwischen Tahure und Ripont am Abend verschärfte. Kleinere Unternehmungen unserer Infanterie in Flandern und östlich S. Michiel hatten Erfolg.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister:
Lubendorff.

auf die große Mehrheit des Reichstages führen zu können. Es ist politisch undenkbar, daß die bisherige Mehrheit in den Ostfragen nicht wieder auf einem gemeinsamen Boden der Verständigung sich zusammenfinden wird. In den Ostfragen ist im allgemeinen Klarheit und Festigkeit bei Regierung und Volksvertretung vorhanden.
Die Stellung der Zentrumspartei zum Herrn Reichskanzler ist durch die Sachlage gegeben. Sie ist nach wie vor auf Vertrauen festzu gründen. Die Zentrumspartei treibt keine Politik nach einer künstlich ausgedachten Theorie; sie richtet sich nach der Macht der Tatsachen. Sie verzichtet allerdings darauf, sich nach dem jeweiligen „Wind“ zu richten. In den Ostfragen ist unsere Politik wohl endgültig festgelegt. Sie will das Selbstbestimmungsrecht der ehemaligen russischen Randvölker verwirklichen. Graf Hertling hat wiederholt die lokale Durchführung dieses Rechtes versprochen. Er kann dabei auf die tatkräftige Unterstützung der Zentrumspartei rechnen.

Was die Politik nach Westen betrifft, ist fast jedes Wort zu viel, was darüber gesprochen und geschrieben wird. Der Begriff „Verständigungsfriede“ ist durchaus nicht ausgenutzt aus unserem politischen Wortschatz. Ein Ende des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Amerika ist ohne „Verständigung“ überhaupt nicht denkbar, da die beiden kämpfenden Parteien durch das „große Wasser“ räumlich getrennt sind. Der Reichskanzler hat diesem Gedanken in seiner Antwort an Wilson auch Bedeutung getragen. Es bleibt ein historisches Verdienst, die Diskussion mit Wilson aufgenommen zu haben. Wenn wir auch absoluten Aufweis an die Unrichtigkeit der amerikanischen Politik haben, der Red'n der Beipredung zwischen Deutschland und Amerika ist nicht abgerufen; er kann jederzeit von Wilson wieder aufgenommen werden und ist von ihm letzter Tage wieder aufgenommen worden.

Die deutsche Politik ist nach Westen durch ein Schlagwort kaum zu kennzeichnen. Am allgemeinsten wird sie durch den Ausdruck: „freie Hand nach Westen“ gekennzeichnet sein. Diese „freie Hand“ führt zunächst das Schwert, das noch den unheilvollen Restriktionen der Entente in Versailles den nordischen Knoten zerhacken muß. Was später nach großen Waffentaten politisch zu erreichen hat, ist heute nicht Gegenstand der Politik. Graf Hertling hat die kommende Politik in seiner denkwürdigen Rede vom 24. Januar etwas angegeben: „Unsere wiederholte ausgesprochene Friedensbereitschaft, der Geist der Versöhnlichkeit, der aus unseren Vorlesungen spricht, der darf kein Preisbrieff für die Entente sein, den Krieg immer weiter zu verlängern. Amman uns unsere Feinde hierzu, so haben sie die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen.“

Für diese Politik der „freien Hand“ nach Westen hat auch die Zentrumspartei holl's Verständnis. Sie wagt sich dabei selbst, wie alle anderen Parteien der bisherigen Mehrheit, völlig freie Hand. Es darf nicht verkannt werden, daß die Politik der „freien Hand“ nur ein negatives politisches Postulat darstellt. Diese Politik allein würde im Reichskanzler ein politisches Chaos schaffen, das wir jetzt an allerersten Handlungen sehen können. Auch ein Bloß der Parteien der bürgerlichen Mitte, nach dem b-fordernden Nationalliberalen streben, kann unmöglich so angesetzt werden.

Wir haben die Überzeugung, daß besonders durch die Ostfragen, die uns noch lange beherrschen werden, die Mehrheitsparteien in ihrer bisherigen Politik zusammenarbeiten werden. Die Sozialdemokratie wird dabei mitmachen. Im Vorworts Nr. 42 vom 11. Februar wird ihre Stellungnahme dahin festgelegt:

„Die Sozialdemokratie lehnt ein sachloses Aufammenschließen mit anderen Parteien, wo und solange dies möglich ist, nicht ab. Andererseits wird sie sich durch ein solches Zusammenarbeiten von dem Ziel, das sie für richtig hält, nicht abhalten lassen.“
Diese politische Fundierung vertritt zwar keine Stärke und Klarheit. Sie ist aber vorerst genügend zum Einlenken in die Forderungen einer solchen Politik nach der Zeit der „unvollständigen Entlassung“, wie sie in der brunnläufigen Streikbewegung zu Tage getreten ist.

Entscheidend für die bisherige Reichstagsmehrheit ist für die nächste Zukunft die Reichsregierung selbst. Sie steht sich noch fest zur Verständigung mit den Parteien, wie sie sich im November 1917 ergeben hat. Die Frage kann nicht werden. Damit ist der allgemeine Kurs der Politik gegeben.

Ungarischer Kriegbericht.

Sofia, 16. Febr. (W. L. V.) Ungarischer Heeresbericht von gestern. Mazedonische Front: Im Gebirgsbogen in der Höhe des Dobropolje und zu beiden Seiten des Warbar wurde das Artilleriefire bisher an verschiedenen Stellen der Front heftiger. In der Nähe des Bukowinens wurden verhältnismäßig englische Abteilungen, die mit Artillerie und Flug-

zeugen herankamen, abgewiesen. Unsere Erkundungsabteilungen machten englische Gefangene. — Dobrudschafront: Waffenstillstand.
Der Chef des Admiralstabs der Marine.
Berlin, 15. Febr. (W. L. V.) Die Verhandlungen im englischen Unterhaus über den U-Bootskrieg richteten den Blick auf die unter der steigenden Unsicherheit der Schifffahrt sich belligende Ablenkung des britischen Seeverkehrs von den Häfen der englischen Küste nach denen Irlands und der Westküste. Die U-Bootsgefahr vor der Themsmündung hat einen solchen Grad erreicht, daß in der englischen Presse das allerdings unrichtig wiederholte Gerücht von der Schließung des Londoner Hafens mit großer Bestimmtheit auftrat. Das Journal of Commerce stellt unter dem 31. Januar fest, daß neuerdings ein Viertel der gesamten Lebensmittellieferung Großbritanniens aus überirische Häfen komme, von wo sie in Küstenschiffen zu den weiter östlich liegenden Verbräuchplätzen überführt werden. Unter Hinweis auf die sich hierbei häufig ergebenden Landederungen greift das Blatt den englischen Schiffsdirektor Money sehr heftig an, weil er erklärt hatte, daß der Seeverkehr im September 1917 nur 33 Prozent monatlich (?) verloren ging. Das genannte Blatt erläutert dies mit dem tatsächlichen Verlust und die mit dem Lebensmittelmangel in England offensichtlich im Widerspruch stehende Erklärung Money's durch die bekannte Tatsache, daß Seeschiffe nur auf Ozeanfahnen Verwendung finden, nicht aber in der Küstenschifffahrt und im Verkehr mit Irland. Diese Erläuterung gibt wieder einmal einen Begriff von dem Wert amtlicher englischer Erklärungen.

Der Krieg zur See.

19 000 Tonnen.
Berlin, 15. Febr. (W. L. V. Amst. Ch.) Bei harter Bewachung und Gegenwirkung versenkten unsere U-Boote im Armeekanal letzten 19 000 Bruttoregistertonnen feindlichen Handelschiffes. Unter den vernichteten Schiffen, von denen die meisten tief beladen waren, befanden sich zwei große Dampfer von 6000 Bruttoregistertonnen, deren einer ein Tankdampfer war.

Der Krieg zur See.
19 000 Tonnen.
Berlin, 15. Febr. (W. L. V.) Die Verhandlungen im englischen Unterhaus über den U-Bootskrieg richteten den Blick auf die unter der steigenden Unsicherheit der Schifffahrt sich belligende Ablenkung des britischen Seeverkehrs von den Häfen der englischen Küste nach denen Irlands und der Westküste. Die U-Bootsgefahr vor der Themsmündung hat einen solchen Grad erreicht, daß in der englischen Presse das allerdings unrichtig wiederholte Gerücht von der Schließung des Londoner Hafens mit großer Bestimmtheit auftrat. Das Journal of Commerce stellt unter dem 31. Januar fest, daß neuerdings ein Viertel der gesamten Lebensmittellieferung Großbritanniens aus überirische Häfen komme, von wo sie in Küstenschiffen zu den weiter östlich liegenden Verbräuchplätzen überführt werden. Unter Hinweis auf die sich hierbei häufig ergebenden Landederungen greift das Blatt den englischen Schiffsdirektor Money sehr heftig an, weil er erklärt hatte, daß der Seeverkehr im September 1917 nur 33 Prozent monatlich (?) verloren ging. Das genannte Blatt erläutert dies mit dem tatsächlichen Verlust und die mit dem Lebensmittelmangel in England offensichtlich im Widerspruch stehende Erklärung Money's durch die bekannte Tatsache, daß Seeschiffe nur auf Ozeanfahnen Verwendung finden, nicht aber in der Küstenschifffahrt und im Verkehr mit Irland. Diese Erläuterung gibt wieder einmal einen Begriff von dem Wert amtlicher englischer Erklärungen.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Runciman gegen imperialistische Kriegsziele.
Rotterdam, 15. Febr. (W. L. V.) Nach dem Nieuwe Rotterdamse Courant schreibt der Parlamentskorrespondent des Daily Chronicle: Einen erstirrenden Gegenjah zu Walfours Rede hat gestern die klare Rede Runcimans gebildet. Zum erstenmal hat einer der früheren liberalen Minister in Worte gekleidet, was Millionen im Lande dachten, daß man nämlich die Kriegsziele von der imperialistischen Absicht säubern müsse, und daß das Land sehen müsse, daß die Kriegsziele noch dieselben seien wie im Jahre 1914. Dann werde die nationale Einheit wiederhergestellt werden. Runciman spreche sich dafür aus, daß man jede Gelegenheit ergreifen müsse, mit den Staatsmännern der Gegenpartei zu verhandeln. Wenn die Staatsmänner dies nicht auf sich nehmen wollten, so müsse man die Vertreter der Demokratie zusammen kommen lassen.

Oberst Repington gegen Lloyd George.
Barn, 15. Febr. (W. L. V.) Oberst Repington teilte mit, daß über die Versailles Konferenz und die Stellungnahme Lloyd Georges folgende Gerüchte umlaufen: Lloyd George habe versucht, die Konferenz zu einer neuen Extratour zu veranlassen. Ferner habe er, als die dringende Erörterung von Verstärkungen betrübt wurde, eine eingehende Diskussion des Themas verhindert. Ferner habe er den britischen Generalstab in London praktisch ausgeschaltet und den Feldmarschall Haig, einer seiner unentbehrlichsten Aktionsmittel beraubt. Repington führte mit scharfem Sarkasmus aus, daß es sich bei der Frage der neuen Extratour um einen Schlag gegen die Truppen gehandelt habe, was angesichts der Anhäufung deutscher Truppen an der Westfront für jeden gesunden Mann unverständlich sei. Es verlarve, daß Lloyd Georges Extratourvorstoß an dem Widerstande Clemenceaus scheiterte. Repington tadelt Lloyd George ferner in den schärfsten Ausdrücken wegen der mangelhaften Kriegsorganisation zu Hause und sagt, er könne weder Krieg noch Frieden machen. Repington, der behauptete, in Frankreich äußerst abfällige Urteile über Lloyd George abört zu haben, verlangte daher, daß das Parlament die Frage der Truppenverstärkungen unter Anhörung der Generalleitung in

öffentlicher Sitzung endgültig entscheiden und sodann Frankreich eine Zusage von Verstärkungen senden möge. Repington behauptet schließlich, die Versailles Konferenz habe dem alliierten Kriegesraus entgegen den früheren Erklärungen Lloyd Georges weitgehende Exekutivgewalt beigelegt, die gerade für die bevorstehende Verteidigung gegen den zu erwartenden deutschen Angriff äußerst bedenklich sei, da die britische Generalleitung praktisch die Verfügung über ihre eigenen Reserven verloren habe. Zudem werde durch das neue Oberkommando des Generals Foch und das dazu berufenen britischen Generals von Lloyd Georges Gnaden der Londoner Generalstab praktisch ausgeschaltet. Repington schließt: Lloyd George hat nunmehr endgültig und klar seine völlige Unfähigkeit, England in dem großen Kriege zu leiten, nachgewiesen. Das Parlament müsse in dieser Lage handeln, wie es dies für notwendig finde.

Die Unzufriedenheit mit der Regierung Lloyd Georges.

Rotterdam, 15. Febr. (W. L. V.) Nieuwe Rotterdamse Courant erfährt aus London: Bei näherer Betrachtung ist die Stimmung im Unterhause doch vielleicht nicht nach der kleinen Anzahl Stimmen zu messen, die für den britischen Verbesserungsantrag stimmten. Die liberale Westminster Gazette schreibt in ihrem Leitartikel: Die Regierung wird gut daran tun, von der Tatsache, die durch die g-fürige Bewertung zu Tage getreten ist, nämlich, daß die Unzufriedenheit mit der diplomatischen Führung des Krieges in keiner Weise auf die kleine Gruppe von Radikalen und Sozialisten beschränkt ist, die mit Recht als Positivisten bezeichnet werden können, Kenntnis zu nehmen. Unionisten wie Lord Bantock und Oberst A. Herbert, die als Wortführer umfangreicher Gruppen auftreten, haben das g-fürige in kraftvoller Sprache deutlich gemacht, und Walfours Rede hat ohne Zweifel die Stärke der Neben nicht abgemindert.

Ein englischer Pazifist verurteilt.

Bern, 14. Febr. (W. L. V.) Der bekannte Pazifist Bertrand Russell, der 1916 wegen Verbreitung einer pazifistischen Flugdrift mit 100 Pfund Geldstrafe bestraft wurde und dann seinen Verbleib für Mathematik an der Universität Cambridge verlor, wurde am 9. Februar in London wegen Veröffentlichung der englisch-amerikanischen Beziehungen zu jiddischen jiddischen Aufsätze in der Zeitung Tribunal zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt.

Saga, 15. Febr. (W. L. V.) Des Korrespondenzbüro erfährt, daß am Samstag wieder ein Transport deutscher Kriegsgefangener (aus England) in Rotterdam erwartet wird. Prinz Heinrich wird am Samstag in Rotterdam sein.

Politische Nachrichten.

Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Braunschweig, 13. Febr. (W. L. V.) Der heute eröffnete 34. ordentliche Landtag des Herzogtums wird durch den Staatsminister Wolff mit einer Thronrede eröffnet, in der es u. a. heißt: Von den uns obliegenden Aufgaben kommen als die bedeutungsvollsten die Gesetze über die Zusammenziehung der Landesversammlung und das dazu gehörige Wahlgesetz in Betracht. Es soll einerseits die allgemeine Wahl fortan sich auf das allgemeine Wahlrecht der braunschweigischen Staatsangehörigen männlichen Geschlechts gründen ohne Rücksicht auf Stand und Einkommen, aber mit dem Erfordernis einer gewissen Dauer des Wohnsitzes im Herzogtum. Das Wahlgesetz ist dabei nach wie vor aufgebaut auf der Bildung solcher Wahlkreise, die im wesentlichen eine Einheitlichkeit der öffentlichen Interessen aufweisen. Für die Stadt Braunschweig hat der Grundriß der Verhältnismäßig vorgeschlagen werden können. Andererseits aber sind, wie zuvor, beruftsündliche Wahlkreise vorgeschrieben, wenn auch teilweise in zeitgemäßer anderer Zusammenfassung. Insbesondere sollen fortan Abgeordnete der sich auf das ganze Land erstreckenden Körperschaften der Landwirtschaft, des Handels und des Handwerks und des Adlertums berufen werden. Es ist möglich gewesen, den Haushaltsplan für 1918/20 unter Beibehaltung der bisherigen Zuschläge zur Einkommen- und Ertragssteuer ohne weitere Erhöhung im Gleichgewicht zu erhalten, obgleich allein die Kriegszuschüsse, die im wesentlichen eine Einheitlichkeit der öffentlichen Interessen aufweisen. Für die Stadt Braunschweig hat der Grundriß der Verhältnismäßig vorgeschlagen werden können. Andererseits aber sind, wie zuvor, beruftsündliche Wahlkreise vorgeschrieben, wenn auch teilweise in zeitgemäßer anderer Zusammenfassung. Insbesondere sollen fortan Abgeordnete der sich auf das ganze Land erstreckenden Körperschaften der Landwirtschaft, des Handels und des Handwerks und des Adlertums berufen werden. Es ist möglich gewesen, den Haushaltsplan für 1918/20 unter Beibehaltung der bisherigen Zuschläge zur Einkommen- und Ertragssteuer ohne weitere Erhöhung im Gleichgewicht zu erhalten, obgleich allein die Kriegszuschüsse, die im wesentlichen eine Einheitlichkeit der öffentlichen Interessen aufweisen.

Volks gegen die allgemeine Dienstpflicht.

Berlin, 14. Febr. Dem Berl. Tageblatt wird aus dem Haag berichtet, daß nach einer Meldung des Pariserischen Büros in Kapstadt eine Wehrordnung zwischen den Abgeordneten aller Landesteile statgefunden habe, um den sehr zweifelhaften Nachschub zur Aufrechterhaltung der schärfsten Antifront zu sichern. Volks erklärte sich energig gegen die allgemeine Dienstpflicht, deren Annahme unwahrscheinlich sei.

Teilnahme
Heimgang
en Mutter,
Tanto

Dank.

549

bliebenen:

mittags von
W. A. u. n.

tra-ranschiffel
eingeben.

nachher
entnehmen. Die
in E. i. n. g. s. t. o. t.
aufgestellt und

ret,
t.

ung.

schulpflichtig
sta, den
vor 2 bis
über, die bis
mehr vollenden,
at.

enko

ffier,
ten,
s. w.

relier,
223.
azug.

such.

hen, das
schändlich
für einen
nen) für
552

eln,
he 205.

Wolke, heute
rot durch Zelt
Mullinger,
00.
215

ellungen
em Blatte
auf den
zu wollen.

st: 10 Uhr:
Montag: gelb:
b. Winter:
Maria Martin
best. Seelen:
A. Buchmüller:
Schreyer und
enamt für Ju:
geh. — Dor:
acharia Gies:
Wesle für So:
elitag: gelb. bl.
a Hammer und
berche's Koffer
est. Seelenamt
ichtgezeihen:
Samstag nach:

m: Sonntag:
mit Redial. —
amstag
nit. — Redial:
eines Sonntag

m. Sonntag:
mit Redial. —
aufste Salpater
t. bl. Messe für
lerz.

Die Wirren im Osten.

Von unserem Berliner Vertreter.

Wenn man sich den gegenwärtigen Zustand der Lage im Osten veranschaulicht, könnte einem fast das Gefühl ankommen. Bei allem, was wir bisher an Verwirrung in jenem Lande unbegrenzter Möglichkeiten erlebt haben, wird durch die gegenwärtigen Ereignisse noch weit übertroffen. Das ist zunächst Polen! Unter Friedensschluß mit der Ukraine, welcher das Cholmer Gebiet der Ukraine zuschlug, hat die Polen eben wegen der Cholmer Streitfrage auf das äußerste erregt. Das polnische Ministerium ist zurückgetreten und die österreichischen Polen haben der Regierung in Wien die allerhöchste Opposition angelegt. Damit sind für unsere Verbündeten wie für uns selbst Umstände höchst unerwünschter Art geschaffen worden. Jetzt dürfte doch wohl auch denen, welche die Feinerzeit von Weltmann Hollweg durchgeführte Selbstständigkeits-Erklärung Polens als einen diplomatischen Streich angesehen haben — wir haben Gott sei Dank niemals von solchen Gefühlen leiten lassen — klar geworden sein, wie tief wir uns mit dem polnischen Experiment in die Nesseln gesetzt haben. Die Polen sind es nimmere selber, die uns handgreiflich von der Verfehrtheit und Undurchführbarkeit jenes Experiments überzeugen. Die polnische Regierungserklärung freit jede Verpflichtung ab, sobald nicht die polnischen Wünsche durchgehend erfüllt werden. Die neueste Entwicklung in Polen deutet nicht nur auf eine Wiederannäherung an Rußland, sondern sogar auf ein Symmetrisieren mit der Entente. Es hätte gar keinen Zweck, sich über diese Tatsache einem Zweifel hingeben zu wollen. Wie die polnischen Dinge auf Österreich zurückwirken, ist im Augenblick noch gar nicht zu übersehen. Noch niemals ist aber die Lage in Lemberg so kritisch gewesen, wie jetzt. Im Grunde haben aber die Polen gar keinen Anlaß, sich über die ukrainische Grenzgestaltung zu erregen. Sie haben ja selbst mit Eifer das Selbstbestimmungsrecht der Völker vertreten. Die Grenzgestaltung ist überdies noch keine endgültig, und die Polen haben übernehmend für die Mittelmächte noch nicht die geringste Beihilfe geleistet, obwohl ihr Land als erstes durch die Waffen der Mittelmächte und durch unendlich viel kostbares deutsches Blut befreit worden ist. Man möchte wünschen, daß die deutsche Regierung nimmere die Konsequenzen aus den Vorkäufen zieht und das polnische Experiment kurz entschlossen preisgibt. Dann würden auch nicht mehr die „Bindungen“ bestehen, die Staatssekretär von Kühlmann in Vrest-Vitovsk beklagt hat.

Aber auch in der Ukraine sind die Dinge recht unklar und verworren. Die Verlegung des Elbes der Kiewer Naha nach Chitomir kann doch beim besten Willen nicht anders gedeutet werden, als daß Kiew eben von den Bolschewiken eingenommen ist. Es hat gar keinen Zweck, sich den Ernst der Lage zu verhehlen, wenn die durch immer neue Truppenkörper gestärkten bolschewistischen bewaffneten Verbände weitere militärische Erfolge in der Ukraine erringen würden. Es scheinen von der Regierung Trozki mit dem ausdrücklichen Auftrag beauftragt zu sein, in der Ukraine an Rohstoffvorkäufen und Lebensmitteln so viel wie möglich zu plündern oder zu zerstören, um die erhofften Wirkungen des „Brotfriedens“ für die Mittelmächte unmöglich zu machen. Es wäre gar nicht ausgeschlossen, daß die Mittelmächte zur Unterstützung der Ukraine und zur Wahrung ihrer eigenen Interessen mit Waffengewalt den Bolschewiken entgegenzutreten genötigt wären. So ist das Bild nach Osten hin gegenwärtig sehr erquidendes. Wie sehr übrigens unsere stehende Haltung gegenüber der Trozki'schen „Friedenserklärung“ begründet war, ersehen wir jetzt daraus, daß eine Demobilisierung der russischen Streitkräfte bis jetzt noch gar nicht erfolgt ist, daß vielmehr an Stelle der jetzigen regulären Truppen eine „rote Armee“ gebildet werden soll. Das bedeutet nichts anderes, als die Umgestaltung der jetzigen Armee in eine Revolutionsarmee. Diese kann natürlich nur den Zweck haben, die bolschewistischen Ideen und Ziele sehr handgreiflich den ihnen noch widerstrebenden Elementen in den Randdistrikten einzubläuen, andererseits aber auch selbst mit revolutionärem Eifer zu verfahren. Die revolutionäre Propaganda Trozki's ist jetzt in Formen gegossen, die alles bisher Erlebte hinter sich lassen. Aus alledem ersehen wir, daß wir den Dingen im Osten auch weiterhin mit größter Zurückhaltung, mit entzündeter Entschlossenheit und wenn es sein muß, auch mit stärkstem militärischem Nachdruck gegenüberstehen müssen. Alles ist noch im Fluß, und jetzt gilt

es, unter allen Umständen zu verhindern, daß die Dinge im Osten zu einer Balkanisierung der Länder führen, jedoch wir in Zukunft nicht nur von Süden, sondern auch von Osten her von Brandherden umgeben wären, deren Funken jederzeit auf unser eigenes Land überspringen könnten.

Zum Frieden mit der Ukraine.

Ludapest, 15. Febr. (W.T.V.) In einem Wiener Artikel des Roter Lloyd, der sich mit den letzten Vorkäufen in Vrest-Vitovsk beschäftigt, wird u. a. geschrieben: Für uns ist im Verhältnis zu Rußland allein der noch gültige Waffenstillstandsvertrag maßgebend. Der ukrainische Friedensschluß wird diese Entwicklung günstig beeinflussen, wie auch dessen Wirkung nach der rumänischen Seite hin nicht lange auf sich warten lassen wird. Der Friede mit der Ukraine hat für uns außerordentlich günstige wirtschaftliche Vorteile. Um ihre Verpflichtungen uns gegenüber erfüllen zu können, wird die ukrainische Republik unsere technisch-organisatorische, und wenn nötig, unsere militärische Hilfe in Anspruch nehmen. Die militärische Hilfeleistung wird sich jedoch nur auf den Sicherheitsdienst beschränken und bedeutet durchaus kein militärisches Bündnis. Der Friede mit der Ukraine ist ein vorbildlicher Fall eines geradezu idealen Friedensschlusses, der beide Teile völlig befriedigt. Gegenüber den großen wirtschaftlichen Begünstigungen mußten die ukrainischen Wünsche, das Cholmer Gebiet betreffend, umso mehr berücksichtigt werden, als dieses Gebiet zum größten Teil von Ukrainern bewohnt wird. Der Friedensschluß mit der Ukraine findet die Billigung der ganzen Bevölkerung der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Polen können und dürfen sich nicht beklagen, wenn die ganze Öffentlichkeit Österreich-Ungarns ihre Opposition als unverständlich und unbedeutend verurteilt. In Wiener diplomatischen Kreisen hofft man, daß die russische Regierung in nächster Zeit die Notwendigkeit einer Aenderung ihrer Politik einsehen wird.

Wien, 16. Febr. (W.T.V.) Die Mäntler veröffentlichten von informierter Seite Mitteilungen über die Vorkäufe und Zusammenhänge der jüngsten Ereignisse in Vrest-Vitovsk. Der Friede mit der Ukraine mußte gemacht werden schon deshalb, weil dadurch der Weg in die reiche Kornkammer Europas geöffnet werden konnte. Allmählich wird es gelingen, Vorräte heranzuführen. Dieser Friede war nur unter der Voraussetzung des Zugeständnisses bezüglich des Cholmer Gebietes zu erlangen. Cholm ist ethnographisch ein so sehr gemischtes Land, daß von einer Zugehörigkeit zu Polen eigentlich nicht gesprochen werden kann. Es wurde ein Ausmaß eingestrichelt mit der Aufgabe, die Vorräte aufzukaufen und zu bestimmen, in welchem Maß wir hierbei Hilfe zu leisten haben. Die Hilfe wird nicht nur in der Bereitstellung technischer, sondern auch militärischer Mittel bestehen. In der Erkenntnis der Unmöglichkeit, unter den gegenwärtigen Umständen den Krieg fortzusetzen, hat es die Sowjetregierung vorgezogen, mit einem gewissen Gelat die Waffen niederzulegen, um vor der Welt die Rolle des Vorkäufers zu spielen. Wir sind durch ihre Erklärungen in seiner Weise gebunden. Wir befinden uns mit Rußland völkerrechtlich daher immer noch im Kriegszustand. Allerdings qualifiziert durch das Bestehen eines künftigen Waffenstillstandes.

Die Falschheit der Bolschewiki.

Berlin, 16. Febr. Ueber die Art und Weise, wie die russische Demobilisierung durchgeführt wird, schreibt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung redaktionell: Wie haben Telegramme erhalten, welche erkennen lassen, daß auch diese Maßregel der russischen Regierung genau wie ihr Verhalten auf der Friedenskonferenz einen zwiespältigen Charakter trägt. Es wird demobilisiert, zu gleicher Zeit aber die Bildung einer roten Armee angeordnet. Worauf letzten Endes die Russen hinaus wollen, haben wir aus den Verhandlungen in Vrest-Vitovsk gesehen. Symplokos Hauptgrund die deutsche Armee, der offen zu einer Revolutionierung auffordert, und das Vorgehen der Bolschewiki gegen die Fremdvölker sprechen eine deutliche Sprache. In Finnland ist der von den Maximalisten inszenierte Bürgerkrieg im vollen Gange. Wir hören, daß die höchsten Bevollmächtigten der finnischen Regierung Schritte getan haben, um die deutsche Regierung für die schwere Notlage zu interessieren, in der sich ihr Land gegenwärtig befindet. Ueber die Grenzverhältnisse in Estland und in Livland gehen täglich beglaubigte Nachrichten durch die deutsche Presse. Gegen das schmachvolle Vorgehen der Bolschewiki in Livland und Estland hat der Gesandte von Moskau als deutscher Vertreter in Vrest-Vitovsk am 10. Februar bereits nachdrücklich Verwahrung eingelegt. Die Zustände wurden inzwischen von Tag zu Tag schlimmer. Die Selbstständigkeit der Ukraine hat von den Bolschewiki eine verächtliche Beurteilung erfahren, je nach dem die Revolution mehr oder weniger Aussicht hatte, diese Selbstständigkeit zu vernichten. In den Schlußfolgerungen in Vrest-Vitovsk hat Trozki sein offenes Mißvergnügen mit dem Friedensschluß zwischen den Mittelmächten und der Ukraine zum Ausdruck gebracht. Graf Czernin hat sehr richtig betont, daß dieser Friedensschluß an sich kein unfreundlicher Akt gegenüber Rußland darstellt, daß der Vierbund mit der Ukraine seinen Bundes-, sondern einen Friedensvertrag, abgeschlossen habe. Graf Czernin hat zugleich erklärt, daß ein gewisser Unterschied dann eintrete, wenn der Vierbund mit Rußland nicht zum Frieden kam, und daß das ukrainische Gebiet als neutral, das maximalistische aber als feindlich betrachtet werden müsse.

Das Berliner Tageblatt bringt eine Drahtung seines Mitarbeiters aus Wien, worin angedeutet wird, daß eine Hilfe für die Ukraine seitens der Bolschewiken unter Umständen schon aus dem Gesichtspunkt notwendig werden könnte, um den

Warenaustausch mit der Ukraine gegenüber Ueberfällen sicher zu stellen. Graf Czernin hat den Frieden mit der Ukraine in erster Linie als „Brotfrieden“ charakterisiert. Wenn jetzt durch bolschewistische Herfindung des ganzen Landes und Eineträgen der alles zerstörenden Revolution in die Ukraine die Mittelmächte um diejenigen Vorteile gebracht werden, die ihnen der Friedensschluß mit der Ukraine geben sollte, so wird in der Tat eine Lage geschaffen, die ernsthafter Erwägung bedarf. Wenn der Waffenstillstand im Osten beendet ist, wird in einer Zukunft auf die Norddeutsche Allgemeine Zeitung wie folgt beantwortet: Man könnte sagen, daß Trozki mit seiner Erklärung Deutschland völlig freie Hand gegeben hat, jedoch es alle Rechte aus dem unbeschränkten Kriegszustand wieder ausüben kann, wie denn auch Trozki selbst sich nicht mehr an die Bestimmungen des Waffenstillstands hält. Will man ihm aber die liebenswürdige Kündigungsfrist zugute kommen lassen, so ist der Waffenstillstand vom 14. Dezember spätestens mit dem 17. Februar auf Grund der Erklärung Trozki's vom 10. Februar abgelaufen.

Die russische Revolutionsarmee. Der Zeit Parisien meldet aus Petersburg: Der Kongreß der Sowjet Bolschewiki, die Stärke der russischen Revolutionsarmee auf vorläufig eine halbe Million festzusetzen. Die Regierung gibt zur Deckung der Kosten Kreditsscheine in Höhe von 850 000 Rubel aus. Die russische Kirche und die Maximalisten. Den Völkern Nachrichten zufolge meldet Sabas aus Petersburg: Infolge der bevorstehenden Durchführung der Verfassungsänderung der Kirche in Rußland durch die maximalistische Regierung erwartet man feindliche Kundgebungen gegen die Volkskommissare. Seit drei Tagen laßt der Vorkäufler auf allen Anstehungen der Volkskommissare. Das Oberhaupt der russischen Kirche wird in der Hauptstadt erwartet.

Letzte Nachrichten

Erste Sitzung des kurländischen Landrats. Rowno, 16. Febr. (W.T.V.) Wie dem Korrespondenzbüro Rowno aus Mitau gemeldet wird, hielt der kurländische Landestat gestern seine erste Sitzung ab, die der Verwaltungsgeschäft von Gohler eröffnete und in der nach einer Besprechung der Armen- und Krankenfürsorge auf dem Lande zwei Anträge einstimmig angenommen wurden betr. Umrechnung des russischen Rubels in Markwährung bei der Erfüllung aller Anstehungen und Vereinfachung der das Wirtschaftsleben und den Verkehr hemmenden Vorkäufe.

Das Wüten der Maximalisten in Livland und Estland. Berlin, 16. Febr. (W.T.V.) In Desei soeben eingetroffene schiffliche Meldungen berichten, daß die Maximalisten in Livland und Estland zahlreiche Deutsche und deutschfreundliche Esthonen verhaftet haben und daß in Neval über 1000 Personen interniert worden sind. Die Wälfen hätten die deutsche Regierung dringend um sofortige Hilfe, da sie sonst dem Untergang preisgegeben seien.

Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Rom, 16. Febr. (W.T.V.) Agenzia Stefani. Ein Erlass erteilt dem Landwirtschaftsminister das Recht, zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung den Anbau zu kontrollieren, die landwirtschaftliche Arbeit zu organisieren, für die Arbeit und Erzeugung Mittel zu liefern und nachtragbare Länder mit Beschlag zu belegen.

Wilson und Lloyd George. Rotterdam, 16. Febr. Der Neume Rotterdamische Courant erzählt aus London: Daily News schreiben aus New York folgendes über die diplomatische Lage: Die ganze Presse sieht ein, daß Woodrow Wilson unterkühlt, wegen Lloyd George nicht mit Wilson einig ist. Das wird von den Wälfen höchst, aber kurz und deutlich ausgesprochen. Dieser Stand der Dinge hätte besonders jetzt, kurz bevor der englische Generalalmat die Vereinigten Staaten besucht hat, durch die englische Diplomatie verhindert werden müssen. Washington ist tatsächlich seit längerer Zeit ohne englischen Vorkäufler gewesen, und Lloyd Reading wird dort viel aufzuklären haben. Was angesichts auf dem Spiel steht, ist nichts geringeres als die Fortdauer der durch die Vorkäufung aufstehende Einheit der ganzen englischsprachigen Welt im Interesse der Freiheit.

Stachsm, 16. Febr. (W.T.V.) CtoPolms Daschlad erzählt aus Göteborg, daß der schwedische Lloyd-Dampfer „Stalle“ mit 1700 Tonnen vor Petersburg gesunken ist. London, 14. Febr. (W.T.V.) Meuter. Daily Mail schreibt, die Regierung billigt einen Plan, der die Entfaltung der Farbenindustrie vorsehe. Man hoffe, daß der Plan, der verschiedene Millionen Pfund kostete, den Erfolg haben werde, daß riesige deutsche Monopole zu brechen.

Genetio. London, 16. Febr. (W.T.V.) Nach Wälfertmeldungen aus Montevideo kamen bei einem Brande in einem Hotel der Grauen Schmelzen fünfzig Kinder, die sich im vierten Stock aufhielten, ums Leben.

Aufstürme in Karlsruhe. (nach den Beobachtungen der meteorologischen Station). 15. Febr., mittags 223 Uhr 04 Grad; 15. Febr., nachts 923 Uhr -2,2 Grad; 16. Febr., morgens 720 Uhr -5,7 Grad.

Höchste Temperatur am 15. Febr. 28 Grad; niedrigste in der darauffolgenden Nacht -5,9 Grad. Niederschlagsmenge, gemessen am 13. Febr., 7,23 Mill.

Wasserstand des Rheins am 16. Februar 1816; Schifferinsel 92, geflossen 8; Rühl 190, geflossen 2; Marau 235, geflossen 1; Mannheim 241, geflossen 2. Voraussichtliche Witterung am 17. Februar: Zunächst noch mehr Überschwemmungen.

Lokales.

Karlsruhe, 16. Februar 1918.

Na Heberreichung des Ehrenbürgerbriefes an Geh. Kommerzienrat Dr. Wolff. Dem Ehrenbürger der Stadt Karlsruhe, Herrn Geh. Kommerzienrat Friedrich Wolff, dem Seniorchef der Firma Wolff u. Sohn hier, wurde Freitag vormittag durch den Oberbürgermeister, in dessen Begleitung sich mehrere Stadträte befanden, der von Professor Gohler künstlerisch gestaltete Ehrenbürgerbrief überreicht. Da Herr Wolff an diesem Tage seinen 85. Geburtstag feierte, übermittelte der Oberbürgermeister Herrn Wolff auch die herzlichsten Glückwünsche seiner Vaterstadt zum Geburtstag.

Goldene Hochzeit. Das Ehepaar Ferdinand Fröhlich hier feiert dieser Tage das seltene Fest der goldenen Hochzeit. Die kirchliche Feier fand am heutigen Samstag und die weltliche Feier findet am Sonntag statt. Herzliche Gratulation!

Neue Kriegskrippe. Es dürfte nicht genügend bekannt sein, daß in der neuen Kriegskrippe, Republikstraße 51, auch Säuglinge und Kleinkinder aller Stände gegen mäßige Bezahlung für Tage oder Wochen Aufnahme finden können. Gewiß wird es für manche Mütter, die durch unvorhergesehene Ereignisse gezwungen ist, von Hause weggehen zu müssen, eine Verabreichung sein zu wissen, wo sie ihr Kind während ihrer Abwesenheit in guter Pflege unterbringen kann. Wälfen recht viele von der neuen Einrichtung Gebrauch machen. Diese auch in der Anzeige in der heutigen Zeitung.

Fußball-Wettspiele. Eämtliche hiesige Fußballvereine stellen am kommenden Sonntag ihre Mannschaften wieder in den Dienst der Sache. Rhönig-Allemannia empfängt auf dem S. F. V.-Platz die bekannten Stuttgarter Kickers zum Vorkäufungsspiel um den Verbandspokal. In Weierheim auf dem Sportplatz des dortigen Fußballvereins am Weierwald spielen S. F. V. Karlsruhe und S. F. Weierheim. Auf dem S. F. V.-Platz gegenüber der Telegrafenanstalt treffen sich Konfordia und Südbären Karlsruhe, während auf dem Karlsruher Sportplatz Germania Lurach und der S. F. Mühlburg ihre Treffen um den Ortsausgleich der Karlsruher Maschinenvereine gelisteten Pokal erdigen. Gleichwie das Spiel Rhönig-Stuttgarter Kickers und auch die übrigen Treffen resp. Pokalspiele von Bedeutung, so sich die Vorkäufe dem Schluß nahe. Eämtliche Spiele beginnen um halb 3 Uhr.

Mascher Tod. Gestern vormittag erlitt ein 40 Jahre alter berkaiserlicher Ingenieur von hier in der Lindenstraße plötzlich einen Herzschlag, welcher seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Wegen umfangreicher Warenhausdiebstähle wurden gestern eine Näherin aus Birkenheim, eine Kassiererin aus Lurach und eine Verkäuferin von hier festgenommen.

Festgenommen wurden: ein Kaufmannslehrling aus Berlin und ein Student von hier, weil sie in ein Magazin in der Eulienstraße eingedrungen sind und daraus Entwendungen im Werte von 280 M. entwendet haben, sowie ein Packer aus Waldenloch wegen Diebstahls, ein Fabrikarbeiter und ein Hilfsarbeiter, beide wegen Diebstahls.

Theater und Musik.

Groß. Hoftheater. Karlsruhe, 16. Febr.

Der fliegende Holländer. „Nil admirari“, aber viel Anerkennungswertes bot die Aufführung dieses ebenso beliebten als bekannten Werkes. Hofkapellmeister Lorenz sorgte mit fester Hand dafür, daß der hühere, romantische Schimmer dieser sagenhaften Handlung gemahnt blieb und sowohl der lokale wie orchestrale Teil zur vollen Geltung kamen. Auch der Wälfch des Ganzen war ein nachvollziehbar nachwirkender. Herrn Küntners „Holländer“ haben wir schon seit einer Reihe von Jahren die gebührende Anerkennung widerfahren lassen und nun dies auch heute wieder. Stimmunglich, mit dramatischer Kraft und Tonfülle bot Frau Lauer-ottlar ihre „Senta“, trozdem es keine ihrer Glanzpartien ist, während Herr Schöfel sich gut mit seinem „Erl“ abwand. Den „Salad“ haben wir zum ersten Male in den Händen des Herrn G. er zeugte von guter Auffassung und wird bei Wiederholungen an Sicherheit und Festigkeit, dramatischen und darstellerischer Prägung noch gewinnen. Der „Eweremann“ des Herrn Seydel erwarb sich durch schöne Dombegung und besetzten Vortrag besonderes Lob. Das gleiche läßt sich von der „Mary“ des Hrl. Bruntzky sagen. Uper und Orchester wirkten durch reine Konfektion.

Groß. Hoftheater. In der morgigen Aufführung der „Jüdin“ sind Frau Kaim-Golds als Nedra und Herr Schöfel als Cleazar neu. — Im Konzerthaus findet morgen abend die erste Gastdarstellung der Theatergruppe „Ephraim am Bach“ statt. Darin hat Konrad Dreher als Seifenfabrikant Steinbach eine Rolle, in der er seinen lebenswichtigen, gemüthlichen, biederen Humor zeigen kann.

Kirchliche Nachrichten.

Städtisches Konzerthaus. 6. Sinfonie-Konzert. Das Sinfonieorchester wird im nächsten Konzert, Mittwoch, den 20. d. M., neben der lange nicht gespielten 6ten Sinfonie von Brahms zwei Neuheiten zeitgenössischer Tonsetzer zur Aufführung bringen. Die Variationen über ein eigenes Thema des jungen österreichischen Komponisten Georg Sjöell haben seit ihrer vorjährigen Uraufführung in Berlin unter Richard Strauß den Weg in die bedeutendsten Konzertsäle gefunden und allenthalben hat das sprühende Werk großes Aufsehen erregt. Die andere Neuheit Overture zur Oper „Der glückliche Augenblick“ stammt von dem Straßburger Komponisten Professor Erb. Auf allen Gebieten der Komposition hat Erb eine recht fruchtbare Tätigkeit entwickelt. Von seinen Opern sind in Karlsruhe unter Wälfch Feinerzeit die „Abendglocken“ gegeben worden; seine große Sinfonie und andere Werke hat Wälfch aufgeführt. Das Konzert erhält ferner eine große Anziehungskraft durch die Mitwirkung Konrad Ansojges, eines der größten Pianisten unserer Zeit.

Aus der Erzdiözese. A. Angezeigelt Nr. 4 vom 14. Februar wurden zu Erz. Schulinspektoren neu ernannt: Stadtpf. Dummler, Schweigenen, Stadtpf. Dr. Wälfch, Mannheim, Karrer Ochsleier, Karrer, Karrer Wälfch, Karlsruhe, Karrer Schreyer, Karlsruhe, Karrer Müller, Schweigenen. Zur Bewerung ausgeschrieben ist die Pfarrei Simlud, Delant Oberweier. Verlesen wurden: Josef Schmidt, Pfarre in Wagenfeld, als Kaplanbewerber nach Krautheim, Otto Hermann Jost, Kaplanbewerber in Krautheim, als Pfarre nach Wagenfeld.

